

Presseverteiler
per E-Mail

Bremen, 24. September 2014

PRESSEMITTEILUNG

Bürgerschaft verabschiedet LINKEN-Antrag zum Schutz verfolgter Minderheiten in Syrien und im Irak – Cindi Tuncel wünscht sich Signalwirkung auch über Bremen hinaus

Die Fraktion DIE LINKE hat zur heutigen Bürgerschaftssitzung beantragt, dass das Land Bremen einen stärkeren Beitrag zum Schutz der verfolgten Minderheiten in Syrien und im Irak leistet. Im Konkreten forderte **Cindi Tuncel**, migrations- und friedenspolitischer Sprecher der Linksfraktion, dass der Senat sich auf Bundesebene für sofortige humanitäre Hilfe und die Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen soll, die vor der Terrororganisation ‚Islamischer Staat‘ (IS) aus Syrien und dem Irak geflohen sind. Diesem Anliegen stimmten alle Fraktionen der Bürgerschaft zu. In einem weiteren Punkt beantragte die Linksfraktion, dass Minderheiten, die von der IS bedroht sind, nach § 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes im Land Bremen aufgenommen werden sollen; der Nach-zug von Familienmitgliedern müsse – anders als bisher – ohne finanzielle Auflagen möglich sein. Auch diesen Forderungen stimmte die rot-grüne Koalition zu, die CDU enthielt sich.

Tuncel berichtete in seiner Rede von der unerträglichen Situation in den Krisengebieten: „In Syrien und dem Irak verüben die IS-Terroristen einen Völkermord gegen dort lebende Minderheiten. Andersgläubige werden geköpft, Frauen vergewaltigt und versklavt. Die humanitäre Situation in den Flüchtlingscamps ist katastrophal und der NATO-‚Partner‘ Türkei empfängt Flüchtlinge mit Tränengas und Wasserwerfern. Deutschland muss humanitäre Hilfe leisten und mehr Flüchtlinge aufnehmen.“

In Bremen leben 3000 Ezidinnen und Eziden und rund 500 AramäerInnen und andere Minderheiten. Sie alle haben Angehörige im Irak und in Syrien, die von IS bedroht sind, so Tuncel. „Viele können nicht in ihre Heimatorte zurück, wo sich ihre Nachbarn an den Grausamkeiten beteiligt haben. Deswegen sind wir sehr froh, dass Bremen konkrete Hilfe anbietet und verfolgte Familienangehörige hier lebender Minderheiten ohne finanzielle Auflagen aufnehmen wird.“

Von der breiten Unterstützung der anderen Bürgerschaftsfraktionen zeigte sich Tuncel tief beeindruckt: „Allen Kolleginnen und Kollegen, die sich erkennbar um die richtigen Worte, Gedanken und Lösungsansätze bemüht haben, möchte ich danken. Gleichzeitig bleibt zu sagen, dass die heute gefassten Beschlüsse auch zügig umgesetzt werden müssen. Für die ezidische Gemeinde in Bremen und die Angehörigen in der Krisenregion ist es in dieser Situation eine große Erleichterung, wenn die Hürden für den Familiennachzug wegfallen. Außerdem sollten wir uns dafür einsetzen, dass die heute gefassten Beschlüsse auch über Bremen hinaus eine Signalwirkung entfalten und andere Bundesländer unserem Beispiel folgen.“

Den LINKEN-Antrag „Verfolgte Minderheiten im Irak und Syrien schützen!“ finden Sie im Anhang dieser Pressemitteilung.